

Nichtamtlicher Teil.

Bericht über die Verhandlungen der außerordentlichen Delegiertenversammlung des Verbandes der Provinzial- und Lokal-Vereine im deutschen Buchhandel

zu Frankfurt a. M., den 24. September 1887,

erstattet vom Vorstande auf Grund der stenographischen Nachschrift.

(Schluß aus Nr. 292.)

Auf den Antrag des Herrn Mühlbrecht wird jedem Redner eine Sprechzeit von nur 5 Minuten gewährt.

Herr Simion wendet sich gegen die Vorwürfe der rheinisch-westfälischen Herren und verliest eine Stelle aus dem Cirkular der Berliner, aus welcher hervorgehe, daß die von Herrn Strauß angeführten Worte in ihrem Umfange nicht zutreffend seien. Alsdann versichert er, daß die Berliner alle wie ein Mann die Rabatt-Pest bekämpfen wollen, nur daß sie glauben, daß es zur Zeit besser sei, die Grenze mit 10% zu setzen, als die Bügel zu straff anzuspannen.

Herr Raumann führt an, daß verschiedene Leipziger Herren, welche auf dem Standpunkte der Berliner gestanden hatten, ihm später die Versicherung gaben, daß sie infolge des neuen Rabattgesetzes einen viel bessern Ertrag des Geschäftes gehabt hätten. Er weist sodann darauf hin, daß die Berliner sich nur auf den Standpunkt ihres eignen Nutzens gestellt und die Interessen der Gesamtheit nicht berücksichtigt hätten.

Herr Lampart präcisiert den Standpunkt der Berliner gegenüber dem gesamten deutschen Buchhandel dahin, daß sich beide in einem sehr großen Gegensatz befinden. Der Irrtum müsse auf seiten des gesamten deutschen Buchhandels oder auf seiten der Berliner walten. Er nehme letzteres an, so hoch er auch die Berliner Kollegen und besonders die anwesenden schätze. Er bitte sie, sich dem gesamten deutschen Buchhandel zu fügen und nicht den exklusiven Standpunkt beizubehalten. »Wenn Sie uns folgen, werden Sie die Interessen des gesamten Buchhandels und Ihre eigenen Interessen am besten wahren.« (Bravo!)

Herr Borstell bittet im Protokoll besonders zu vermerken, daß Berlin sich nicht gegen das Statut ausgesprochen hat, sondern nur gegen einige wenige Punkte desselben.

Herr Strauß: Es lag mir die Pflicht ob, uns zu verteidigen gegen den Vorwurf, der dem Rheinisch-Westfälischen Kreisvereine gemacht worden ist. Ich möchte aber glauben, wir könnten den Streit über dieses Cirkular nunmehr als beseitigt ansehen. Die Töne, die uns aus dem Kreise unserer lieben Berliner Kollegen entgegenklingen, sie klingen entschieden friedlicher und versöhnlicher als das, was wir vorige Ostern und was wir überhaupt bisher in Schriftstücken erfahren haben. Ich möchte also bitten, daß wir das Schwert vergraben und die Herren Vertreter des Berliner Buchhandels bitten, daß sie ihre Forderungen betreffs Abänderung des Statuts stellen. Bei uns besteht der gute Wille des Entgegenkommens. Von dem Moment an, wo die Berliner definitiv das Statut ablehnen und aus dem Börsenverein austreten würden, würden wir alle Verleger, die nicht zu Berlin gehören, auf unserer Seite haben und für Berlin den Rabatt ein für alle Mal kürzen, so lange die Berliner aus selbstischem Interesse die Rabattschleuderei fortsetzen würden. Ich glaube, wir bedürfen dieser Waffe nicht mehr, wir werden uns auf dem Wege der friedlichen Verständigung einigen.

Herr Bergstraeßer: Meine Herren, allzu scharf macht schartig, möchte ich auf die verschiedenen Plänkereien zwischen Rheinland-Westfalen und Berlin bemerken. Ich glaube, daß es vollständig falsch wäre, wenn unsere Freunde in Berlin annehmen würden, daß die ganze Delegiertenversammlung oder die Majorität auf dem schneidigen Standpunkt steht, den Rheinland-Westfalen seither vertreten hat. Zu einer Verständigung gehört

auf beiden Seiten Nachgeben, und dieses Nachgeben habe ich einst wie jetzt bei den Herren Kollegen von Berlin vermisst. Wir wollen Berlin gewähren, was möglich ist, wir wollen aber nicht Berlin gewähren, was den Provinzialbuchhandel ruiniert. Das ist unser Standpunkt, und wenn auf diesem Wege keine Verständigung möglich ist, so müssen wir die Sache durch Majorität entscheiden. Nun sind wir so weit, daß die Verständigung in Kraft treten soll. Kann sie aber nicht in Kraft treten, so beschließen wir und lassen Berlin Zeit bis zum 31. Dezember 1888. Ich habe die feste Überzeugung, nachdem in dem freundschaftlichen Verkehr, in den wir mit den Herren von Berlin auch hier wieder getreten sind, uns so vieles erklärt worden ist, was uns nach den kalten Buchstaben unerklärlich schien, daß die Konsequenzen nicht gezogen werden, die man vermutet, wenn wir das Statut annehmen. Ich habe die Überzeugung, wir werden alle Berliner Herren als liebenswürdige und tüchtige Börsenvereinsmitglieder behalten.

Herr Baer macht darauf aufmerksam, daß ein nicht unwichtiger Punkt die Verständigung mit den Berlinern erleichtern möchte, wenn nämlich der Passus in den Statuten gestrichen würde, worin steht, daß unter Umständen auch der Verkehr nach dem Auslande diesen Fesseln unterworfen wäre. Es steht in dem Statut, wenn ein Verein sich im Ausland bildet und gewisse Rabattnormen beschließt, daß wir uns dem ebenfalls unterwerfen würden. Das ist nicht praktisch. Man würde dadurch das große Geschäft zerstören, welches namentlich von Berlin und Leipzig nach Amerika, Rußland und dem übrigen Auslande gemacht wird.

Herr Hartmann plaidiert ebenfalls für die Ausführungen des Herrn Baer und wendet sich in einer Bemerkung gegen Herrn Bergstraeßer. Rheinland-Westfalen sei nicht nur immer schneidig vorgegangen, sondern habe auch gewußt, Maß zu halten. Er erinnere nur an die letzte Ostermehrsammlung.

Zum Schluß weist er noch auf Verhandlungen hin, die mit dem Vertreter der Reichsbehörde, Excellenz Bötticher, über den Rabatt an die Behörden gepflogen worden sind und in welchen Excellenz Bötticher gesagt hat: Von dem Zeitpunkt an, wo wir von seiten des Buchhandels keine Offerten auf 10% mehr bekommen, verlangen wir diese 10% nicht.

Herr Mühlbrecht entgegnet Herrn Strauß, daß die Berliner auf dem Boden der Verlegererklärung vom 10. Mai 1884 stehen. Das ist ihr Standpunkt, den sie nicht verlassen können. Die Berliner verwahren sich dagegen, daß man sagt, sie wollen das Statut zu Fall bringen oder dagegen protestieren.

Herr Simion fügt zu den Worten des Herrn Mühlbrecht nur noch hinzu, daß auf seiten der Berliner unzweifelhaft doch ein Entgegenkommen vorhanden ist. »Wir leben derzeit unter einem Statut, welches den Ausschluß aus dem Verein wegen Schleuderei in keiner Weise kennt. Wir sind bereit, diesen Ausschluß zu acceptieren. Das ist doch ein weitgehender Schritt, den wir Ihnen entgegenthun. Wir wollen nur diese Ausschließung nicht unter so rigorosen Bedingungen vollzogen wissen, wie sie seitens des Börsenvereinsvorstandes vorgeschlagen werden. Wir sind bereit den Ausschluß vorzunehmen, wenn nach auswärts mehr als 10% gegeben werden. Beim Lokalverein wollen wir absolut die Bedingung annehmen, die Sie uns auferlegen.«

Herr Ackermann fügt zu den Worten des Herrn Hartmann noch die Ergänzung hinzu, daß die Verhältnisse in Bayern bei Lieferungen an Behörden ebenso seien.

Abstimmung: § 3 Nr. 1—4 wird einstimmig angenommen. Zu § 3 Nr. 5 wird der Antrag Baer, die Worte »und alle ausländischen Gebiete, in welchen vom Börsenvereinsvorstand anerkannte Orts- und Kreisvereine bestehen« zu streichen, mit